



Forschungsstelle für Menschenrechte

Die als Konsequenz aus dem Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss der vergangenen Legislatur geforderte und in den Koalitionsvertrag aufgenommene Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie nimmt konkrete Züge an. Die Amadeu Antonio Stiftung hat sich als Träger für das Projekt beworben. Als eine bundesweit aktive und international vernetzte Stiftung will sie die Einrichtung einer unabhängigen Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit in Thüringen unterstützen und vorantreiben. Die Amadeu Antonio Stiftung begrüßte es, dass gerade das Bundesland Thüringen, in dem der rechtsterroristische NSU entstanden ist, nun eine Vorreiterrolle einnimmt.

Die LINKE-Abgeordnete Katharina König, Mitglied auch im jetzigen NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags, verwies auf die detaillierte Arbeit dort, bei der sich gezeigt habe, dass eine kontinuierliche Analyse rechtsextremer Aktivitäten und Strukturen eine wichtige Voraussetzung zur frühzeitigen Abwehr von Angriffen auf die Demokratie und die offene Gesellschaft ist.

Die beiden Strukturprojekte des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, mobit (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus) und ezra (Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen) äuberten sich ebenfalls positiv.

Zur kommunalen Demokratie der beste Gesetzentwurf

„Die Koalitionsfraktionen im Landtag haben mit ihrem Gesetzentwurf zum Ausbau der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen bei der Anhörung des Innenausschusses am 12. Mai breite Unterstützung gefunden“, so Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der Linksfraktion. Mehrere Anzuhörende – besonders mit bundesweiten Erfahrungen, wie Prof. Theo Schiller aus Marburg – betonten, dass der Gesetzentwurf der modernste und beste ist, den es derzeit zur direkten kommunalen Demokratie in Deutschland gibt.

In seiner Stellungnahme unterstrich der Bürgerbeauftragte des Freistaates Thüringen, Dr. Kurt Herzberg, das Ziel des Gesetzentwurfs, die Stärkung des Dialogs zwischen Mandatsträgern und Bevölkerung, „dieses Ziel ist aus meiner Sicht uneingeschränkt zu begrüßen“. Insbesondere die Einführung des Alternativvorschlags biete eine geeignete Grundlage, im Entscheidungsprozess den konstruktiven Dialog zu führen. Auch die Ermöglichung von Bürgerbegehren in Ortsteilen und Ortschaften fand seine Zustimmung.

Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Thüringer Landesverbandes von Mehr Demokratie e.V., hatte mit Blick auf die Abwahl eines Bürgermeisters darauf hingewiesen, dass neben der bereits jetzt schon über ein Bürgerbegehren bestehenden Möglichkeit, die Abwahl eines Bürgermeisters oder Landrates zu beantragen, „nunmehr

auch denen dieses Recht zugestanden werden soll, die ihren Bürgermeister oder Landrat direkt gewählt haben, den Bürgerinnen und Bürgern“. Und was die Einführung eines Ratsbegehrens betreffe, mit dem der Gemeinderat den Bürgern einen Beschluss zur endgültigen Entscheidung per Bürgerentscheid vorlegen kann, so hätten sich in Thüringen bereits 2013 über 100 Gemeinde- und Stadträte sowie Mitglieder von Kreistagen dafür ausgesprochen. „Da es bisher die Möglichkeit nicht gab, haben Stadträte ersatzweise Befragungen angesetzt, um den Bürgerwillen zu ergründen. Nur sind diese Befragungen eben nicht verbindlich“, heißt es in der Stellungnahme des Mehr-Demokratie-Landesverbandes.

Ein äußerst zukunftsweisendes, sehr gut anwendbares Gesetz

Übrigens erklärte der Schwesterverband von Mehr Demokratie e.V. aus Bayern: „In der Gesamtschau handelt es sich (...) um ein äußerst zukunftsweisendes und sehr gut anwendbares Gesetz.“ Und obwohl die Regelungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Bayern ebenfalls sehr gut seien, wisse der Thüringer Entwurf eine ganze Reihe von Punkten auf, die „die direkte Demokratie in Bayern ein gutes Stück weiterent-

wickeln“ würden und „nicht zuletzt dringend nötig“ seien.

Auch aus dem Staatsministerium Baden-Württemberg kam für die Anhörung Ermutigendes: „Grundsätzlich ist die Absicht, die Regelungen für Bürgerentscheide auf allen kommunalen Ebenen und für Einwohner-

anträge in einem einzelnen Gesetz zu fixieren, positiv zu bewerten. Dies erleichtert die Anwendung und fixiert deutlich die Regelungen mit den einzelnen Verfahrensschritten, auch in ihren Details.“

Dr. Volker Mittendorf vom Institut für Partizipations- und Demokratieforschung der Uni Wuppertal erklärte, der Gesetzentwurf senke die Anzahl der missverständlichen Regelungen auf ein Minimum. „Alle jetzt zugelassenen Materialien sind jeweils mindestens in einem Bundesland zulässig, ohne dass es bisher (...) zu Problemen bei der ordentlichen Geschäftsführung der Kommunen gekommen wäre (...) Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird erstmals eine Entschädigungsregelung festgelegt, mit der es auch ressourcenschwachen Initiativen ermöglicht wird, ihre Interessen wirksam öffentlich zu thematisieren.“



Prüfbericht bestätigt Reformbedarf

Der CDU sei offenbar jedes Mittel recht, um die Beibehaltung der jetzigen Landkreisstruktur zu begründen, selbst die Fehlinterpretation von Prüfberichten des Landesrechnungshofs, so MdL Frank Kuschel. Dieser hatte jetzt die Finanzkraft der Landkreise geprüft und darauf hingewiesen, dass 16 der 17 Thüringer Landkreise zum Teil erheblich die Kreisumlagen erhöht haben. „Die steigenden Ausgaben der Landkreise finanzieren somit fast ausschließlich die kreisangehörigen Gemeinden und das Land“, sagte der LINKE-Kommunalexperte. Die steigenden Kreisumlagen schränken zudem die Handlungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden ein, weil denen das Geld fehle. Die Landkreise seien aufgrund

der abgelaufenen CDU-geführten Regierungspolitik zu einer reinen Verwaltungsebene geworden. Nur noch rund ein Prozent der Landkreisaufgaben beträfen so genannte freiwillige Aufgaben. Doch gerade diese seien Kennzeichen von Selbstverwaltung.

„Zu Recht mahnt der Rechnungshof Ausgabenoptimierungen bei den Landkreisen an. Dies geht nur durch strukturelle Veränderungen. Richtig ist auch der Hinweis, dass in den nächsten Jahren fast ein Viertel der Beschäftigten altersbedingt ausscheidet. Deshalb will Rot-Rot-Grün im Rahmen der anstehenden Verwaltungs- und Gebietsreform die Kreisverwaltungen attraktiver für junge Fachkräfte machen“, betonte Frank Kuschel.



Tag der offenen Tür

Auch in diesem Jahr begrüßt die Linksfraktion mit ihrem Informationsstand gegenüber dem Haupteingang des Thüringer Landtags Besucher des Tages der offenen Tür am Sonnabend, den 11. Juni, von 10 bis 17 Uhr. Im Käte-Duncker-Saal, dem Fraktionssitzungsraum der LINKEN, Funktionsgebäude F 201, kann man bei Kaffee und Kuchen mit Abgeordneten und Mitarbeitern der Fraktion ins Gespräch kommen. Fraktionsübergreifende Politikrunden finden vor allem im Plenarsaal statt, so heißt es hier um 14.00 Uhr: „Landtag im Dialog – Bürger fragen, Politiker antworten“, Talkrunde der Fraktionsvorsitzenden mit Susanne Hennig-Wellsow, Chefin der Fraktion DIE LINKE.